

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuß

34. Sitzung
am Mittwoch, dem 18. März 1998, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Dr. Jürgen Hinz (SPD)

Klaus-Dieter Müller (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

T a g e s o r d n u n g :		Seite
1. a)	Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe hier: Nr. 2 des Antrages der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/1046	4
b)	Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1124	
2.	Vorstellung des sogenannten Kaule-Gutachtens durch die Landesregierung	6
3.	Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein Bericht der Landesregierung Drucksache 14/973	7
4.	Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1064	8

Der Vorsitzende, Abg. Eichelberg, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Der Ausschuß kommt überein, die Beratung des Antrages der Fraktion der CDU betr. Verringerung der Planungsdichte, Planungskosten und Verfahrenszeiten, Drucksache 14/564, auf eine seiner nächsten Sitzungen zu verschieben. In den übrigen Punkten wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Ablehnung einer Ausbildungsplatzabgabe

hier: Nr. 2 des Antrages der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1046

(überwiesen am 6. November 1997)

b) Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1124

(überwiesen am 11. Dezember 1997 an den Wirtschaftsausschuß
und den Bildungsausschuß)

Der Ausschuß diskutiert die vorliegenden Anträge unter besonderer Berücksichtigung der geringen Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und des daraus resultierenden Lehrstellenmangels. Abg. Hentschel hält die im Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 14/1578, vorgeschlagene Mitfinanzierung von Ausbildungsplätzen auf der Grundlage eines wirtschaftsnahen Umlagesystems für eine sinnvolle Lösung, um den Betrieben einen ökonomischen Anreiz zur Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen zu geben. Ein solches Modell werde auch von vielen Unternehmen, sogar von solchen, die selbst in der Ausbildung bisher nicht aktiv gewesen seien, begrüßt; das habe die Umfrage der CDU zur Ausbildungsplatzabgabe erfreulicherweise gezeigt.

Abg. Schmitz-Hübsch und Abg. Aschmoneit-Lücke sprechen sich gegen die Vergabe von Aufträgen und Fördermitteln des Landes unter Berücksichtigung der Ausbildungsbereitschaft aus, die in dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1124, gefordert wird. Die Vergabe müsse ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgen, deshalb seien Nummer 1 und 2 des

Antrages abzulehnen.

Die Abgeordneten begrüßen dagegen die Initiative gegen „Mehrfachbenennungen“, Nummer 3 des Antrages, und möchten wissen, ob es dazu Erfahrungen anderer Länder gebe und welche Konsequenzen nach Einführung dieses Verfahrens für einen Bewerber entstünden, der gegenüber mehreren Betrieben Zusagen ausgesprochen habe, ohne nach Antritt seiner Ausbildungsstelle die anderen Ausbildungsverträge wieder zu kündigen. - M Steinbrück berichtet dazu, daß es unter anderem Untersuchungen in Thüringen gebe, aber bislang noch keine abschließende Bewertung vorgenommen worden sei. Zur Zeit werde das Thema im Länderausschuß Berufliche Bildung weiter diskutiert. Ziel müsse natürlich sein, einen Weg zu finden, den Jugendlichen die Ernsthaftigkeit eines Vertragsabschlusses bewußt werden zu lassen.

In der sich anschließenden Abstimmung wird die Nummer 2 des Antrages der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/1046, mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei drei Gegenstimmen aus den Reihen der CDU und bei Enthaltung der F.D.P. sowie einer Stimme der CDU in der Fassung des Umdruckes 14/1578 dem Landtag zur Annahme empfohlen. Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/1124, wird dem Plenum des Landtages mit Mehrheit zur unveränderten Annahme empfohlen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Vorstellung des sogenannten Kaule-Gutachtens durch
die Landesregierung**

M Steinbrück stellt dem Ausschuß das Kaule-Gutachten vom März 1998 vor. In diesem Gutachten setze sich Kaule dezidiert mit der FFH- und Vogelschutzwürdigkeit der Wakenitzniederung auseinander.

Er berichtet weiter, daß Kaule in dem Gutachten die Position der Landesregierung und ihre getroffene Entscheidung, daß keine FFH-Schutzwürdigkeit des Gebietes vorliege, unterstütze.

Ein 190 Seiten umfassender Schriftsatz, u. a. auch das Gutachten, werde in den nächsten Tagen dem Gericht und auch den Rechtsbeiständen der klageführenden Parteien übergeben und könne dann, im Anschluß an eine erste Begutachtung und wenn vom Gericht keine Einwendungen dagegen erhoben würden, auch den Fraktionen zugeleitet werden. Damit sei voraussichtlich aber erst nach Ostern zu rechnen. M Steinbrück erklärt, daß er in bezug auf die darin aufgeführten Beweismittel oder Anlagen dem Ausschuß zur Beantwortung ihrer Fragen gern zur Verfügung stehe.

Der Ausschuß nimmt die Unterrichtung durch den Ministers nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/973

(überwiesen am 7. November 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und alle übrigen Ausschüsse)

Ausgelöst durch eine Frage der Abg. Schmitz-Hübsch bietet OAR Tüxen an, dem Ausschuß weitere Fakten über die Umsetzung der in Kapitel I aufgeführten Ziele, Strategien und Perspektive des Modernisierungsprozesses, vor allem im Hinblick auf den Landtagsbeschluß vom 25. Januar 1996, zuzuleiten. - Auf eine weitere Frage der Abg. Schmitz-Hübsch erklärt er, daß über das Pilotprojekt „Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik“ noch kein Bericht für das Parlament vorliege.

Anschließend geht er auf die Neuorganisation des Beschaffungswesens, deren Ziele und Grundsätze, näher ein.

Zu dem Bericht der Landesregierung betr. Moderne Verwaltung in Schleswig-Holstein, Drucksache 14/973, spricht der Ausschuß einmütig die Empfehlung an den federführenden Innen- und Rechtsausschuß aus, den Bericht dem Landtag zur Kenntnisnahme vorzuschlagen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung
von Unternehmen des Landes**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1064

(überwiesen am 7. November 1997 an den Innen- und Rechtsausschuß und
den Wirtschaftsausschuß)

ORR Sulimma berichtet dem Ausschuß über die Umsetzung der Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes und weist besonders auf die rechtlichen Probleme der Ausgestaltung - vor allem unter dem Gesichtspunkt des geltenden Privatrechts in der freien Wirtschaft - hin.

Nach einer kurzen Aussprache beschließt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Gegenstimmen der CDU, an den federführenden Innen- und Rechtsausschuß die Empfehlung auszusprechen, dem Landtag die unveränderte Annahme des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. Frauenförderung bei Umwandlung oder Neugründung von Unternehmen des Landes, Drucksache 14/1064, zu empfehlen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Eichelberg
Vorsitzender

gez. Schönfelder
Protokollführerin